

Gastkommentar Hans-Josef Fell, Präsident Energy Watch Group, Berlin

Forderungen

Suche nach Auswege

BUND behindert Klimaschutz

Der Bund Naturschutz (BN) gefährdet mit seiner aktuellen energiepolitischen Position und vor allem seinen Handlungen in hohem Maße das selbstgesteckte Ziel des Atomausstieges in Bayern und behindert einen wirklich wirksamen Klimaschutz. Mit der Forderung des dezentralen Aufbaus einer regionalen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien opponiert der BN zusammen mit CSU und SuedLink-Gegnern gegen die neue Höchstspannungsleitung durch die Rhön. Gleichzeitig kämpfen Vertreter des BN aber an vielen Stellen gegen den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien und Speicherprojekte.



Foto: privat

Hans-Josef Fell (Grüne) hat maßgeblich das Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2000 geprägt. Jetzt steigt er aus dem bayerischen Bund Naturschutz, der zum Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gehört, aus.

Frankfurt a.M./db Die anhaltende Niedrigpreisphase hat in vielen Ländern Forderungen nach agrarischen Konsequenzen zur Bauernverbände und nationaler Organisationen positionieren sich.

Es ist zwar Sommerpause, in allen EU-Ländern besetzen sich Politiker und Vertreter auf den EU-Agrarministerrat vor, der sich am 7. September zu einer Sondersitzung trifft. Der Vereinigten Königreich hat den Wochenbeginn alle vier Bauernverbände, die Interessen der Landwirte in England, Schottland, Wales und Nordirland vertreten, eine gemeinsame Resolution verfasst. Darin drängen sie auf eine nationale Strategie in London, die Vertragsschlichtung zwischen den Landwirten, Handelsverarbeitern so zu gestalten, dass es zu einer längerfristigen und gerechteren Aufteilung des Risiko und Ertrag kommt. In diesem Moment trägt in vielen Verhandlungen das gesamte Risiko der Bauern, die sie aber wenig vom Gesamtmarkt stellen die Verbände fest.

Widerstand gegen jeden Ausbau

Im windreichsten Gebiet Bayerns, der Rhön, setzt sich der BN zudem gegen jede Windkraftanlage ein. Er will das ganze Biosphärenreservat völlig frei von Windkraft halten, statt ein Zonierungskonzept zu verlangen, durch welches Naturschutz und der Ausbau der Windenergie gut vereinbart werden könnten.

Gegen jeden Ausbau und sogar für die Abschaltung bestehender Wasserkraftanlagen engagiert sich der BN seit Jahren, so auch gegen die dezentralen Pumpspeicherkraftwerke, wie erst kürzlich am Osser im Bayerischen Wald.

Gegen Solarfreiflächenanlagen erheben prominente Mitglieder des BN heftigen Widerspruch, so erst kürzlich gegen die geplante Freiflächenanlage in Diebach bei Hammelburg.

Gegen den Ausbau der Biogasanlagen tritt der BN ein, weil er Maismonokulturen befürchtet. Doch viele Biogasanlagenbetreiber denken längst um und nutzen ökologischere Alternativen zum Mais.

Dezentrale erneuerbare Energien wie Sonne, Wind, Bioenergie und Wasserkraft sollen nach dem Bekenntnis des BN den Atomstrom ersetzen, doch genau diesen Ausbau der erneuerbaren Energien behindert der BN in der Region und bundesweit selbst.

Bereits in sieben Jahren muss in Bayern wegen des Atomausstieges knapp die Hälfte der heutigen Stromerzeugung ersetzt worden sein - und in den Nebelwochen des Winters gar mehr als zwei Drittel. Der BN gefährdet dennoch mit seiner Verhinderung des regionalen und dezentralen Ausbaus der erneuerbaren Energien, wichtiger Pumpspei-

cherprojekte und der neuen Leitungen den Atomausstieg in Bayern. Völlig offen unterstützt er die Anti-SuedLink- und Anti-Erneuerbare-Energien-Politik der CSU.

Unterstützer der CSU-Politik

Der BN darf sich daher nicht wundern, wenn in drei Jahren der bayerische Ministerpräsident verkünden wird, dass der Atomausstieg bis zum Abschalten des letzten Atomkraftwerkes im Jahre 2022 nicht mehr zu schultern sei, weil der Ausbau der erneuerbaren Energien und Speicherprojekte „leider“ zum Erliegen gekommen und die Leitungen „leider“ am Protest der Bürger und Naturschutzverbände gescheitert seien.

Die aktuelle Politik des BUND und vor allem des BN in Bayern kann ich nicht länger mittragen und kündige daher meine Mitgliedschaft.

Außerdem wollen sich die Agrarverbände gegen die Forderungen von außen zur Wehr setzen. Sie fordern eine klare Kennzeichnung, welche Produkte in Deutschland produziert werden und welche aus dem Inland stammen. Gleiches gilt für die Agrarverbände, die auch den Druck, sich stärker für die Absatzförderung britischer Produkte im Ausland einzusetzen, fordern.

Schließlich geben die Agrarverbände die aus ihrer Sicht gewünschte Verhandlungslösung in der Sondersitzung der EU-Agrarminister vor. Dort sollte sichergestellt werden, dass es zu keiner weiteren Abschwächung der Sicherheitsnetze g

Grüne für Obergrenzen statt Exporte

Drei Abgeordnete der Grünen wollen mit Mengenbegrenzungen die Marktkrise bei Milch und Schweinefleisch überwinden. Für den Milchmarkt schlagen sie vor, die Strafzahlungen für die Überlieferung der Milchquote nicht dem EU-Haushalt zukommen zu lassen, sondern damit ei-



META-Schutz schon von Beginn an!

Besonders starke Lockwirkung